



## Beschluss der PSG Bayern gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt

**Antragsgegenstand:** Positionierung gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und antifeministische Ideologien

**Antragsstellende:** PSG Landesleitung Bayern

### **Die PSG Landesversammlung möge beschließen:**

Wir beobachten mit Sorge das Erstarken rechtsextremer Parteien, Organisationen und Akteur\*innen, insbesondere die Alternative für Deutschland (AfD) und deren Jugendorganisation, die Junge Alternative für Deutschland (JA). Diese Gruppierungen verbreiten Hetzreden, Parolen und Falschbehauptungen, die unsere pluralistische und vielfältige Gesellschaft gefährden. Die AfD trägt unserer Meinung dazu bei, rechtsextreme Ansichten im politischen Diskurs zu normalisieren.

### Grundsätze der PSG Bayern

#### 1. **Demokratie und Menschenrechte:**

Demokratie bedeutet für uns, dass alle Menschen gleichwertig sind und gemeinsam gesellschaftliche Verantwortung tragen. Jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Klassismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

#### 2. **Ablehnung von Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen:**

Wir lehnen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD, der JA und deren Vertreter\*innen ab.

### Selbstverpflichtung

#### 1. **Besetzung und Ausschluss von Funktionen und Gremien:**

Die PSG Bayern wird keine Personen in Funktionen, Ämter und Gremien des Verbands benennen, berufen oder zur Wahl stellen, die eine aktive Rolle oder Mitgliedschaft in der AfD oder der JA innehaben. Eine aktive Rolle bzw. Mitgliedschaft in der AfD oder JA führt zum Ausschluss aus jeglichen Ämtern und Funktionen der PSG Bayern.

#### 2. **Teilnahme an Veranstaltungen:**

Wir werden nicht an Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen teilnehmen und prüfen kritisch die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, an denen rechtspopulistische Parteien oder Organisationen beteiligt sind.

#### 3. **Hausrecht:**

Wenn rechtspopulistische, rechtsradikale oder antifeministische Parteien oder Organisationen versuchen, unsere Räume zu buchen oder sich für Veranstaltungen anzumelden, machen wir von unserem Hausrecht Gebrauch und schließen sie von der Teilnahme aus.

#### 4. **Politische Bildung:**

Wir nutzen Methoden der politischen Bildung, um die Ziele und Strategien



rechtspopulistischer, rechtsradikaler oder antifeministischer Parteien und Organisationen aufzuzeigen und befähigen unsere Mitglieder, diese zu hinterfragen und zu dekonstruieren.

## Forderungen an die Landesregierung und demokratische Parteien

### 1. **Förderung von Demokratiebildung:**

Wir fordern die gezielte Förderung und Einführung von Formaten zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Jugendarbeit als Maßnahme der Demokratiebildung.

### 2. **Klare Abgrenzung:**

Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich klar gegen die AfD, gegen Rechtsextremismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu stellen und ihnen keine Plattform zu bieten.

## Zusammenfassung

Die PSG Bayern möchte weiterhin, ihre pädagogische Arbeit nutzen, um Bewusstsein für die Werte der Demokratie und Menschenrechte zu schaffen und junge Menschen zu ermutigen, sich für eine offene, friedliche und inklusive Gesellschaft einzusetzen. Wir lehnen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD und deren Vertreter\*innen ab und setzen uns aktiv gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt ein.

## **Begründung:**

Der Antrag stützt sich auf den Beschluss „Damit Nie wieder! auch nie wieder bleibt – Für eine pluralistische, freie und demokratische Gesellschaft gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere gegen Rechtsextremismus und Faschismus“ der Vollversammlung Bayerischen Jugendrings (BJR) und auf das Positionspapier „Pfadfinder\*innen zeigen Haltung - Rechtspopulistischen, rechtsradikalen und antifeministischen Parteien entgegenzutreten“ unserer Bundesversammlung. In beiden Beschlüssen wird sich klar gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und antifeministische Ideologien positioniert.

Wir als Landesebene fühlen uns den Werten der Toleranz, Offenheit und des Respekts vor der Würde jedes Menschen verpflichtet und sehen es als unsere Aufgabe an, diese Werte in unserer Arbeit zu schützen und zu fördern.

**Antrag wurde bei der Landesversammlung am 16.06.2024 einstimmig angenommen.**